



**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 227/GP

10.11.2016

**Huml setzt sich für weitere Pflege-Fortschritte ein - Debatte im Landtag - Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin: Weichen für Bewältigung künftiger Herausforderungen sind gestellt**

**Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml** setzt sich für weitere Fortschritte bei den Herausforderungen in der Altenpflege ein. Huml betonte am Donnerstag anlässlich einer Pflegedebatte im Landtag: "Mein Ziel ist, dass Pflegedürftige möglichst lange selbstständig leben können und bestmögliche Unterstützung bekommen. Dabei haben wir schon viel erreicht. Wir haben schon jetzt die Weichen für die pflegerische Versorgung in den nächsten Jahrzehnten gestellt. Angesichts der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen ist es auch wichtig, eine verstärkte Zusammenarbeit anzustreben."

Gegenwärtig sind rund 330.000 Bürgerinnen und Bürger in Bayern pflegebedürftig. Die Ministerin verwies darauf, dass im Juli nächsten Jahres in Nürnberg ein großer bayerischer Pflegegipfel stattfinden wird. Daran nimmt auch Bundesminister Hermann Gröhe teil. Eingeladen werden zudem sowohl Vertreter der Pflegeberufe und der Wissenschaft als auch der Kassen, Kommunen und Einrichtungsträger sowie Vertreter von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Das Treffen war bereits im September 2016 von einem kleineren Pflegegipfel vorbereitet worden.

Huml unterstrich: "Bei der Pflege handelt es sich um ein Thema, das für die Menschen immer mehr an Bedeutung gewinnt. Deshalb ist es wichtig, die Herausforderungen in diesem Bereich gemeinsam anzupacken und weitere Fortschritte für Pflegebedürftige und deren Angehörige zu erreichen. Denn die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit ihren Schwächeren umgeht."

Die Erkenntnisse aus dem Pflegegipfel 2017 werden die Grundlage für Entscheidungen über langfristige Ziele der bayerischen Pflegepolitik sein. Huml erläuterte: "Klar ist schon jetzt, dass wir mehr gesellschaftliche Anerkennung für professionelle und häusliche Pflege brauchen. Außerdem müssen wir passende Rahmenbedingungen auch für ein möglichst selbstbestimmtes Leben der Pflegebedürftigen schaffen."

Die Ministerin fügte hinzu: "Die Politik hat schon Handlungsfähigkeit bewiesen – zum Beispiel mit den Pflegestärkungsgesetzen des Bundes und mit Verbesserungen auf Landesebene. Aber wir dürfen uns auf diesen Reformen nicht ausruhen. Derzeit wird



auf Bundesebene das Dritte Pflegestärkungsgesetz verhandelt. Damit wollen wir die Strukturen vor Ort und die Position der Kommunen stärken."

Huml setzt sich zudem dafür ein, dass mehr Fachkräfte für die Pflege gewonnen werden können. Dabei ist Bayerns "HERZWERKER"-Kampagne sehr erfolgreich: Die Schülerzahlen in der Altenpflege im Freistaat sind seit dem Schuljahr 2009/2010 um fast 40 Prozent gestiegen. Die Ministerin unterstrich: "Wir brauchen insgesamt mehr Begeisterung für den Pflegeberuf!"

Die Ministerin betonte ferner: "Auch der großen Herausforderung Demenz haben wir uns gestellt. Nach Schätzungen leben in Bayern bereits mehr als 230.000 Menschen mit Demenz – bis zum Jahr 2032 werden es voraussichtlich rund 340.000 sein. Wir haben auf den erwarteten Anstieg schon reagiert. So hat die Staatsregierung im Sommer beschlossen, Demenzzentren in den Bezirken zu schaffen. Sie dienen als Anlaufstellen für Fragen zur Pflege und Betreuung Demenzkranker."

Der Freistaat fördert zudem im Rahmen der Bayerischen Demenzstrategie zahlreiche Projekte und Angebote. Ein Beispiel ist der Ausbau von Betreuungsangeboten für Demenzkranke, die zu Hause gepflegt werden. Ferner werden Maßnahmen zur demenzgerechten Innen- und Außenraumgestaltung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen gefördert. Huml erläuterte: "Für Betroffene ermöglichen diese Versorgungsformen ein möglichst langes Verbleiben in den eigenen vier Wänden – und für pflegende Angehörige bieten sie eine wichtige Entlastung."